



Foto: © Reuters / Itar Tass.

Wo Putins Russland endet

„Novorossija“ und die Entwicklung des
Nationsverständnisses in der Ukraine

André Härtel

Im Frühjahr 2014 hing der Bestand der unabhängigen Ukraine am seidenen Faden. Nachdem Russland bereits die Halbinsel Krim annektiert hatte, begann mit dem sogenannten „Russischen Frühling“ ein hybrider Krieg auch im Osten des Landes. Zu diesem Zeitpunkt stand die Losung von einem „Neurussland“, einer „Rückeroberung“ des Südostens der Ukraine durch Moskau, hoch im Kurs. Das schließliche Scheitern der „Neurussland“-Idee ist vor allem auf Entwicklungen innerhalb der Ukraine zurückzuführen, in der nicht nur ethno-nationale Zugehörigkeiten, sondern auch staatspolitische Loyalitäten seit 1991 neuverhandelt wurden.

Einleitung

Mit dem Minsker Abkommen vom Februar 2015 („Minsk 2“) ist im ukrainischen Territorialkonflikt um einen Teil des sogenannten Donbass ein leidlich funktionierender Waffenstillstand eingetreten, wobei grundlegende Statusfragen bis heute ungeklärt sind. Die dominante öffentliche und akademische Debatte um die Konflikthintergründe (Bürgerkrieg, „importierter Separatismus“, zwischenstaatlicher Krieg)¹ verdeckt dabei eine weitere zentrale Frage: warum endete der sogenannte „Russische Frühling“ (*russskaja vesna*), also die von pro-russischen Separatisten, russischen Freiwilligenverbänden und auch Teilen der russländischen Führung angestrebte „Rückeroberung“ des gesamten Südostens der Ukraine bereits an der heutigen Kontaktlinie? Warum waren die über Monate durchgeführten, gezielten Terror- und Instabilisierungskampagnen pro-russischer Kräfte weder in Odessa und Charkiw noch in Dnipropetrowsk, Mariupol, Saporischschja, Cherson, Mikolajiw und auch nicht in weiten Teilen des Donbass erfolgreich?

Die Suche nach Antworten auf diese nach wie vor aktuellen Fragen führt uns unweigerlich zu der noch weitaus bedeutenderen Frage, wie es nun knapp 25 Jahre nach der Unabhängigkeit um die ukrainische Nation bestellt ist. Zumindest außerhalb der Ukraine bestand diesbezüglich lange Einigkeit: während im westlichen und insbesondere deutschen Diskurs eine angebliche

ethnokulturelle „Spaltung“ der Ukraine entlang des Dnjepr bis heute paradigmatischen und teilweise handlungsleitenden Stellenwert genießt,² stellt sich die Angelegenheit für die russische Elite noch weitaus klarer dar. So behauptete Wladimir Putin schon 2008 gegenüber dem damaligen amerikanischen Präsidenten George W. Bush, dass „die Ukraine nicht einmal ein Staat sei“.³ Nach Beginn des Konflikts mit der Ukraine Anfang 2014 wurde Putin noch deutlicher. Ungefähr „ein Drittel“ der in der Ukraine lebenden Bevölkerung seien ethnische Russen, weshalb ein herausgehobenes Interesse Russlands an deren Schicksal nur natürlich sei. Zudem seien insbesondere die südöstlichen Regionen (er verwendet ausdrücklich den Begriff *Novorossija*, dt. „Neurussland“) um die Zentren Charkiw, Lugansk, Donezk, Cherson und Mikolajiw eher zufällig erst im 20. Jahrhundert an die damalige ukrainische Sowjetrepublik übergeben worden („warum weiß nur Gott“).⁴ Deshalb, so der russische Präsident im Januar 2016, habe die gegenwärtige Grenze zwischen der Ukraine und Russland einen „künstlichen und grundlosen Charakter“.⁵

Geht man von dieser Logik aus, wäre eine Spaltung der Ukraine im Frühjahr und Sommer 2014, als aufgrund der „Revolution der Würde“ in Kiew und der Diskreditierung des Donezker Elitenclans im Südosten des Landes faktisch ein Machtvakuum entstanden war, ebenfalls nur natürlich gewesen. Dass es dazu nicht kam und sich die Apologeten „Neurusslands“ mit einem

deutlich kleineren und zudem nicht einheitlich geführten Territorium um die selbst ernannten Donezker und Lugansker „Volksrepubliken“ („DNR“ und „LNR“) bescheiden mussten, legt entweder einen groben Fehler in Wladimir Putins völkischer Raumwahrnehmung oder eine signifikante identitäre Entwicklung in den südöstlichen Regionen der Ukraine nahe.⁶ Wie ausgeprägt ist dort 25 Jahre nach der Unabhängigkeit die Loyalität zum ukrainischen Staat? Besteht hier überhaupt eine signifikante Beziehung zwischen den ethno-nationalen Selbstidentifikationen und dem Bekenntnis zur Ukraine? Und schließlich, welchen Einfluss hatten die Zäsuren der „Revolution der Würde“, die Krim-Annexion sowie der Krieg im Donbass auf die politischen Einstellungen der dort lebenden Menschen?

Die „unerwartete Nation“

Als die Ukraine im Jahre 1991 als unabhängiger Staat entstand, war dies vor allem eine Folge der elitengesteuerten Auflösung der Sowjetunion (SU) entlang der Republikgrenzen. Wie in anderen Republiken war es auch in der Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik (USSR) die republikanische kommunistische Elite, die wesentlicher Treiber der Unabhängigkeit war. Zwar existierte mit der national-ukrainisch geprägten „Ruch“-Bewegung auch eine auf ethno-nationalen Motiven begründete politische Kraft, die allerdings nur in der West- und teilweise der Zentralukraine über bedeutende Anhängerschaften verfügte. Die zu „Nationalkommunisten“ gewandelte kommunistische Partei der Ukraine, geführt vom späteren ersten Präsidenten Leonid Krawtschuk, zog die Fäden bei der Staatsgründung, die vor allem machtpolitischen und ökonomischen Beweggründen folgte.⁷

Vor allem für die Elite des östlichen Nachbarn aber auch für viele westliche Beobachter war die Staatsgründung innerhalb der Grenzen der ehemaligen Sowjetrepublik jedoch gewöhnungsbedürftig. Da die Ukraine aus deren Sicht erhebliche ethnische, linguistische und religiöse Unterschiede aufwies, wurde die Staatsgründung gern als „künstlich“, die ukrainische Nation später als „unerwartet“⁸ bezeichnet. Besonders der

große Anteil an sich selbst als ethnische Russen identifizierenden Einwohnern (Zensus 1989 22,1 Prozent, siehe Tabelle 1), aber auch die zu dieser Zeit verbreitete Unklarheit über konstitutive Elemente, Gemeinschaftssinn und Grenzen der „ukrainischen Nation“ ließen Zweifel an der Überlebensfähigkeit bzw., vor allem bei politisch motivierten Kritikern, auch an der Legitimität des neuen Projekts aufkommen.

Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass ethnische oder nationale Kriterien nach sieben Jahrzehnten Sowjetkommunismus nicht nur in der Ukraine nur noch bedingt sinnstiftende Wirkung entfalten konnten. Zwar diente die Nationalitätenfrage v.a. in der Gründungszeit der SU noch als willkommenes politisches Instrument (siehe „korenisacija“-Politik⁹), aber die Arbeit am neuen „Sowjetmenschen“ und der von oben gepredigte wie vielfach erfolgreich verinnerlichte Internationalismus ließen ethnische und nationale Zugehörigkeit für die Mehrheitsbevölkerung sukzessive in den Hintergrund treten. Von daher war das Jahr 1991 auch für die Identifikation der meisten auf dem ukrainischen Staatsgebiet lebenden Menschen eine partielle „Stunde Null“, von der an – mit Fredrik Barth¹⁰ gesprochen – ethnische und auch nationale Angehörigkeit wieder neu zwischen externer Zuschreibung und Selbstidentifikation verhandelt wurden.

Ukrainer, Russen und Mischidentitäre – zur Komplexität der Nationalitätenfrage

Dass die junge Ukraine im Verdacht stand, eine gesplante Nation zu sein, hat insbesondere mit den starren Kriterien zu tun, mit denen das Ausland aus verschiedenen Gründen einerseits auf die ukrainische Nationalitätenfrage schaute, man andererseits aber selbst in der Ukraine ethnische bzw. nationale Zugehörigkeit selbst noch beim letzten offiziellen Zensus im Jahr 2001 abfragte (siehe Tabelle 1). Da der Großteil derer, die sich im stark vereinfachten offiziellen Zensus als „russisch“ bezeichneten, sich zudem auf der Krim und im Südosten des Landes konzentrierte, bekam die angebliche „Spaltung“ auch eine heikle geopolitische Bedeutung.

Kritiker¹¹ betonten allerdings schon früh, dass die simple Gegenüberstellung von ethnischen Ukrainern und Russen kaum zielführend sei. Zum einen würde sich deren Unterscheidung mangels anderer Kriterien zumeist lediglich auf die Sprache als *identity marker* beziehen. Hierbei werde oft vergessen, dass die überwiegende Zahl der Ukrainer im Grunde zweisprachig sei oder Mischformen wie das sogenannte „Surschyk“ spreche und Sprachgrenzen daher nicht eindeutig sind. Vergewenwärtigt man sich also die Bedeutung der Sprache als Unterscheidungskriterium der in der Ukraine lebenden „nationalen Gemeinschaften“ einerseits und die offensichtliche Existenz einer großen mehrsprachigen Gruppe andererseits, verliert das Argument der „ethnischen Spaltung“ bereits an Gewicht (siehe Abb. 1 und 2 sowie Tabelle 2). Hinzu kommt, dass sich auch gerade in den Regionen, wie im Donbass (Oblaste Donezk und Lugansk), die sich durch eine besonders hohe Konzentration an russischen Muttersprachlern und ethnischen Russen (laut Zensus 2001 38,2 bzw. 39 Prozent)

auszeichnen, eine deutliche Stadt-Land Divergenz zeigt, wobei die „russisch“ dominierten Städte oft von mehrheitlich „ukrainisch“ geprägten ländlichen Gegenden umgeben sind.¹² Auch dieser Umstand widerspricht dem landläufigen Spaltungsparadigma.

Die territoriale Verteilung von „Ukrainern“ und „Russen“ nimmt vor allem dann deutlich komplexere Züge an, wenn man – wie seit Beginn der 2000er Jahre in der Ukraine üblich – neben diesen noch eine weitere Kategorie ethnischer Selbstidentifikation, nämlich die sogenannten „bi-ethnors“¹³ oder hier besser „Mischidentitären“ einführt. Die Einführung dieser sogenannten Mischidentität, also der Möglichkeit sich sowohl als „ukrainisch“ wie auch als „russisch“ zu bezeichnen, geht auf die Beobachtung zurück, dass sich insbesondere in den Städten des Südostens der Ukraine eine zahlenmäßig bedeutende Gruppe mit „gemischter Identität“ finde. In Umfragen (siehe Tabelle 3) ergibt sich hierdurch dann ein deutlich differenziertes Bild

Tabelle 1: Nationale Zugehörigkeit in Prozent der ukrainischen Gesamtbevölkerung laut offiziellem Zensus

Nationale Zugehörigkeit	1989	2001
Ukrainisch	72,7	77,8
Russisch	22,1	17,3
Weißrussisch	0,9	0,6
Moldawisch	0,6	0,5
Krimtatarisch	0,0	0,5

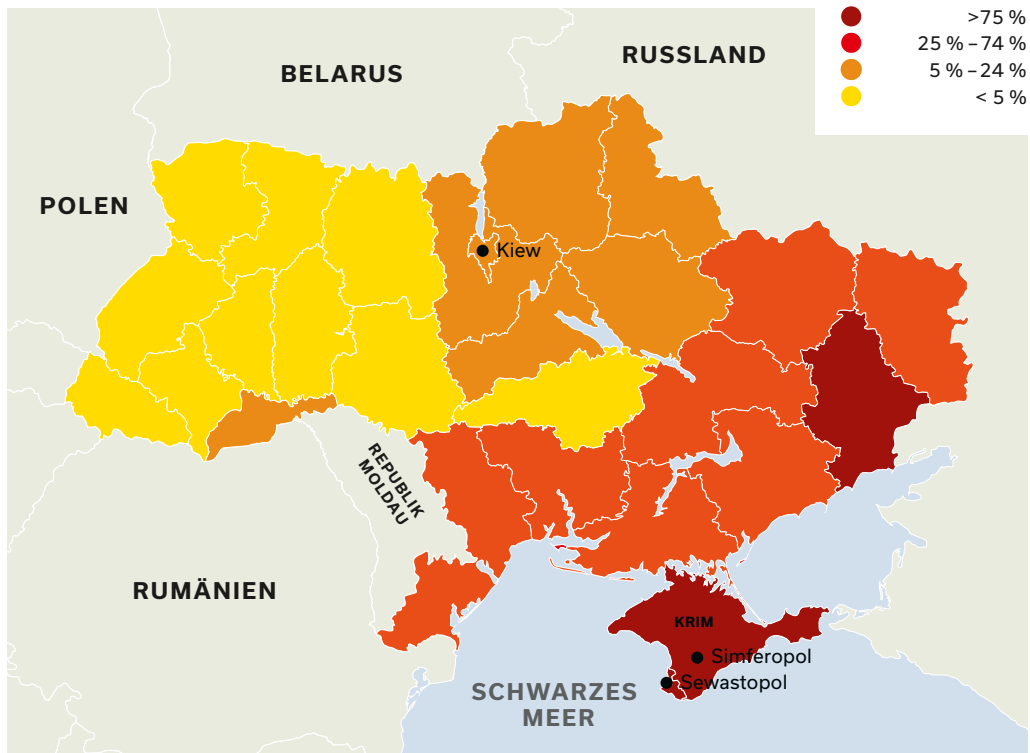
Quelle: Staatliches Komitee der Ukraine für Statistik,
in: <http://2001.ukrcensus.gov.ua/eng/results/general/nationality> [30.01.2016].

Tabelle 2: Sprachgebrauch in der Ukraine in historisch vergleichender Perspektive

Sprachgruppen	1991–1994	1995–1999	2000–2003
Ukrainisch sprechende Ukrainer	41,2	46,3	45,4
Russisch sprechende Ukrainer	32,6	28,2	30,9
Russisch sprechende Russen	19,7	17	16,5
Andere	6,5	8,5	7,2

Quelle: Khmelko, N. 13.

Abb. 1: Anteil russischer Muttersprachler an der Gesamtbevölkerung



Quelle: Eigene Darstellung nach CNN 2014: A Divided Ukraine, 03.03.2014, in: <http://edition.cnn.com/interactive/2014/02/world/ukraine-divided> [17.02.2016]; Natural Earth ©, <http://naturalearthdata.com> [10.03.2016].

bezüglich der Selbstidentifikation der Ukrainer, bei dem sich insbesondere die Gruppe der „reinen“ ethnischen Russen fast halbiert.

Die ethno-nationale Struktur der Ukraine stellte sich also wesentlich komplexer dar als dies der offizielle Zensus mit seiner vereinfachten Ukrainisch-Russisch-Dichotomie nahelegte. Doch welche Schlüsse lässt dies eigentlich zu, gerade wenn wir uns die oben kurz thematisierte, nach 1991 naheliegende geringe Bindekraft ethnischer und nationaler Bezüge vergegenwärtigen? Gab es bereits in den ersten zwei Jahrzehnten der unabhängigen Ukraine bedeutende Debatten um die nationale Frage und damit zusammenhängende Aspekte wie kultur- und außenpolitische Ausrichtung? Spiegeln sich also die Umfragen bzw. selbstzugewiesenen Gruppenidentitäten tatsächlich auch in der politischen Realität der Ukraine sowie im politischen Handeln der Eliten wider?

Die „amorphe“ Ukraine: zur Bedeutung von Ethnie und Nation vor dem Maidan

Am griffigsten hat diese Realität zuletzt der ukrainische Analytiker Oleksandr Sushko beschrieben, als er von der „amorphen Identität“ der Ukraine vor dem Euromaidan und der „Revolution der Würde“ im Jahr 2013 bzw. 2014 sprach.¹⁴ Gemeint ist damit, dass ethnische und nationale Selbstidentifikation kaum politische Wirkmächtigkeit entfalteten in einer Gesellschaft, die nach 1991 vor allem mit der Anpassung an die neuen, für die meisten sozialen Gruppen schweren ökonomischen Bedingungen zu tun hatte und sich politisch noch weitgehend in sowjetischer Tradition als Subjekt der Elite empfand. Neben den Mischidentitären waren ja auch die Gruppen der sich rein als „ukrainisch“ oder „russisch“ bezeichnenden Menschen bis auf marginalisierte nationalistische Randgruppen kaum „national

Tabelle 3: Ethnische Struktur der ukrainischen Bevölkerung in historisch vergleichender Perspektive

Identität	1994–1999	2001–2003
Nur Ukrainisch	59,8	62,9
Russisch und Ukrainisch	24,4	22,5
Nur Russisch	11,3	10,0
Andere	4,5	4,6

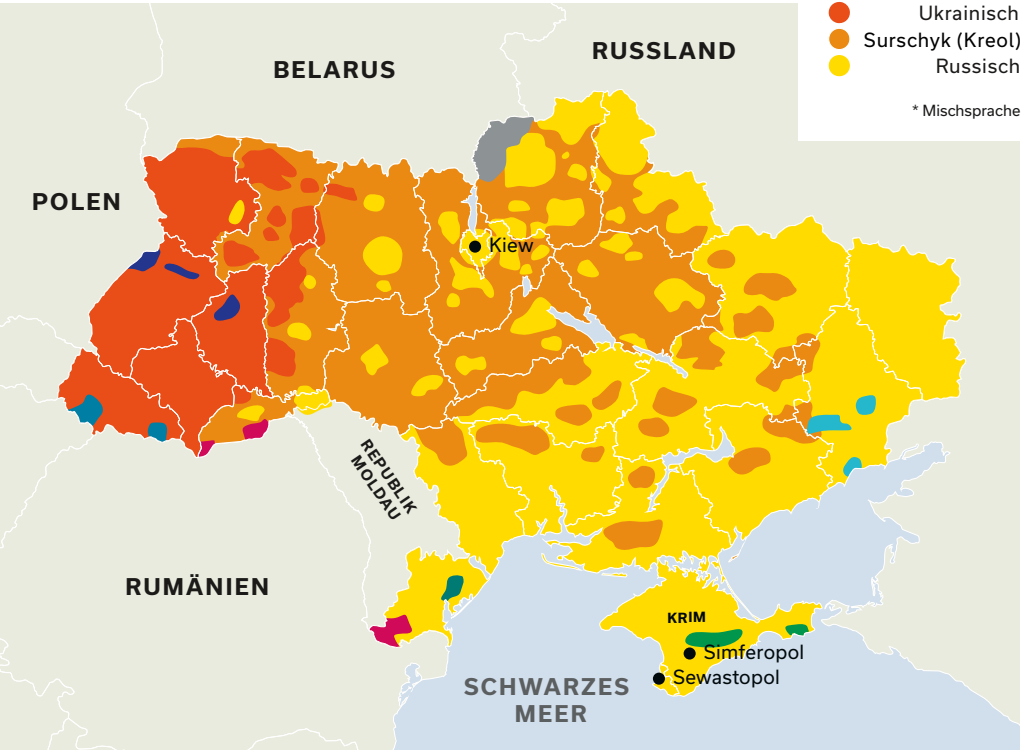
Quelle: Khmelko, N. 13.

bewusst“ und unterscheidbar, geschweige denn anhand ethnischer Trennlinien mobilisierbar.

Gerade wenn man sich gegen die klassisch primordialistische, also von vorgegebenen und starren ethnischen Gruppenzugehörigkeiten ausgehende Perspektive entscheidet und stattdessen eine konstruktivistische Sicht auf die Konzepte „Ethnie“ und „Nation“ einnimmt, sind politisch-

gesellschaftliche Dynamik und das Handeln von politisch Verantwortlichen maßgeblich für die „Neuverhandlung“ von Identitäten. Mit einer Ausnahme entschieden sich die ukrainischen Präsidenten bewußt gegen die Rolle als „ethnische“ oder nationale „Unternehmer“ und entsprachen der „amorphen“ nationalen Identität der Ukraine sowohl in der Innen- wie Außenpolitik. Dabei spielten die bis zu einem gewis-

Abb. 2: Häuslicher Sprachgebrauch in der Ukraine



Quelle: Eigene Darstellung nach Kiewer Nationale Linguistische Universität 2009; Natural Earth ©, <http://naturalearthdata.com> [10.03.2016].

sen Grad unumgehbare Ukrainisierungspolitik daheim sowie die generelle außenpolitische Einordnung zwischen dem Westen bzw. seinen Institutionen und Russland die Hauptrolle. Obwohl die ukrainische Sprache mit der neuen Verfassung von 1996 und spezifischer Gesetzgebung von 1998 Staatsprache wurde, setzte die Elite diesen zentralen Teil der Ukrainisierungspolitik nur „lax“ um.¹⁵ Dies war auch Folge der Politisierung der Frage: Unter Viktor Janukowitsch wurde mit dem sogenannten „Kivalov-Kolesnitschenko-Gesetz“ (2012) beispielsweise eine Regionalsprachenregelung eingeführt, die das Russische wieder stärker förderte. Auch im Bereich der Geschichtspolitik beschied sich der von 1994 bis 2004 amtierende Präsident Kutschma mit dem Verweis darauf, dass die „Ukraine nicht Russland sei“,¹⁶ verzichtete aber ansonsten wie später auch Viktor Janukowitsch (2010 bis 2014) auf die Konstruktion eines dezidiert ukrainisch-nationalen Geschichtsbilds. Nur Viktor Juschtschenko (2005 bis 2010) wich ganz bewusst von dieser Politik ab und versuchte sich mit zahlreichen geschichtspolitischen Initiativen an einem aggressiveren *nation-building*. Zudem unterbrach Juschtschenko mit seiner auf EU- und NATO-Beitritt ausgerichteten Außenpolitik die von Kutschma und bis 2013 auch von Janukowitsch faktisch betriebene „Multivektoren“- oder „blockfreie“ Politik, die aus Sicht der beiden den außenpolitischen Interessen wie den auch in dieser Frage angeblich „gemischten“ Haltungen der Bevölkerung entsprach.¹⁷

So verfestigte sich auch in der ukrainischen Politik eine Art „amorphes“ politisches Narrativ, in dessen Mittelpunkt vor allem der Unwillen zu klaren Bekenntnissen stand: Weder sollte zu progressiv an einer kulturpolitischen Ukrainisierung des Staates gearbeitet noch auf eine außenpolitische Richtungsentscheidung hingearbeitet werden. Die Ukraine war daher unausgesprochen immer etwas „dazwischen“: zwischen ukrainischer und russischer Identität sowie zwischen dem Westen und Russland (siehe die häufig verwendete „Brückenmetapher“¹⁸). Für den Großteil der ukrainischen Elite war diese Selbstzuschreibung vor allem bequem. Zwar war das Schreckgespenst des Separatismus in der Frühphase des neuen

Staates gegenwärtig, nach deren Überwindung ist der mehrheitliche Verzicht auf progressive Nationalitätenpolitik und außenpolitische Richtungsentscheidungen aber vor allem mit dem Interesse am Machterhalt zu erklären – insbesondere aus Sicht des Präsidentenamtes konnte eine Mobilisierung der Gesellschaft entlang ethno-nationaler Linien kaum vorteilhaft erscheinen.

Revolution, Annexion, Krieg: Narrativwechsel und ethno-nationale Mobilisierung

Die Zurückhaltung der politisch Handelnden erklärt denn auch partiell die relative Stabilität der ethno-nationalen Einstellungsmuster in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit. Je weniger die politisch Handelnden selbst an der Konstruktion und Verfestigung nationaler Identität(en) mitwirkten, desto geringer ihr Wandlungs-, Mobilisierungs- und damit auch „Gefährdungspotenzial“. Die zentrale Frage war nun aber, was passieren würde, wenn das bestehende Gleichgewicht aus „amorpher“ Identität und „Narrativ“ durch bestimmte innere und äußere Entwicklungen herausgefordert oder gänzlich aus den Fugen geraten würde.

Nachdem die sich im Zuge der „Orangen Revolution“ im Spätherbst 2004 schon einmal kurz stellende Loyalitätsfrage (siehe Separatistenkongress in Severodonezk) durch einen die „Revolution“ im Grunde abbrechenden Elitenpakt ausgeräumt wurde,¹⁹ war die sich im Spätherbst 2013 und Winter 2014 ergebende Situation ein Novum. Erst zu spät hatte Viktor Janukowitsch realisiert, dass das mit der EU lange ausgehandelte Assoziierungsabkommen vor allem aus Sicht der eigenen Bevölkerung, aber auch des Kremls, ihn im Grunde als ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine zu einer außenpolitischen Richtungsentscheidung zwang und einen Rückzug auf das bislang faktisch dominante „amorphe Narrativ“ unmöglich machte. Als noch entscheidender für Fragen der Nationalitätenpolitik ist im Nachhinein aber das Ergebnis der sich aus dem „Euromaidan“ ergebenden „Revolution der Würde“ einzuschätzen, welche das den Südosten der Ukraine quasi monopolartig beherrschende Elitennetzwerk der „Partei der Regionen“ implo-

dieren ließ und ein Machtvakuum nach sich zog, das der russischen Führung sowohl auf der Krim als auch später im Donbass als Interventionsgrund diente.

Im Hinblick auf die Nationalitätenfrage und eine in der bisherigen Geschichte der jungen Ukraine nahezu ausbleibende Mobilisierung der Bevölkerung entlang ethno-nationaler „Trennlinien“ war nun eine völlig neue Situation entstanden: Erstens hatte sich der in Reaktion auf das Ergebnis des Gipfels von Vilnius entzündende „Euromaidan“ in eine schließlich siegreiche revolutionäre Bewegung gewandelt, die auch aufgrund der Rolle Russlands vor und während des Gipfels starke Züge einer ukrainisch-nationalen Befreiungsbewegung trug. Hierdurch wurden neben radikalen weite Teile auch der bisher moderaten nationalen „Lager“ mobilisiert, wobei vor allem ab April 2014 ein deutlich reziproker Effekt, eine Art gegenseitige Mobilisierung und Bewusstwerdung, zu erkennen war. Zweitens streiften die neuen Machthaber in Kiew – auch unter dem Druck der Straße – das „amorphe Narrativ“ schnell ab und bekannten sich nun offen zum außenpolitischen Kurs der Westintegration sowie, reichlich unvorbereitet und undurchdacht, zu einem ukrainisch-nationalen Narrativ.²⁰ Drittens hatte der sogenannte „Russische Frühling“, also die auf hybrider Kriegsführung beruhende Interventions- und Annexionspolitik Russlands auf der Krim und später im Donbass eine Option geschaffen, die bis dahin nahezu undenkbar war: eine „Rückeroberung“ des Südostens der Ukraine durch die Russländische Föderation oder zumindest dessen von der russischen Führung unterstützte Sezession – das sogenannte Novorossija-Szenario.

Warum „Novorossija“ scheiterte: Die Entstehung einer Zivilnation in der Ukraine

Im Frühjahr 2014 war geschehen, womit auch in Russland nur wenige ernsthaft gerechnet hatten: Die Halbinsel Krim wurde nach einem illegalen und unter faktischer Besatzung stattfindenden „Referendum“ offiziell annektiert bzw. im russischen Sprachgebrauch der Föderation „angegliedert“.²¹ Die Entscheidung Wladimir Putins, erstmals nach der Auflösung der Sowjetunion 1991

einen Teil des ehemaligen Imperiums wieder vollständig in den Staatsverband aufzunehmen, muss selbst angesichts der bereits lange anhaltenden Moskauer Unterstützung von pro-russischen de facto Staaten als geopolitische Zäsur ersten Ranges für die post-sowjetische Region gelten. Diese Zäsur setzte in Russland bedeutende revisionistische Kräfte in Gang und verfehlte ihre Wirkung auch in den Nachbarstaaten nicht.

Obwohl wir bis heute nicht wissen, ob Wladimir Putins Strategie tatsächlich auf die Eroberung des von ihm wie von der Mehrheit russischer Nationalisten so bezeichneten „Neurussland“²² (siehe Abb. 3) ausgerichtet war, spricht vieles für die Annahme, dass er dieses Szenario bei positivem Verlauf nicht aufgehalten hätte. Putins eingangs schon erwähnte Ausführungen machen deutlich, dass er die ukrainische Staatlichkeit dort klar in Frage stellt, wo sich seiner Meinung nach mehrheitlich „russische Bürger“ aufhalten. Das offizielle Kremlnarrativ, das ja bis heute jede direkte oder offizielle Teilnahme russischer Militärs sowie die Unterstützung der „DNR“/„LNR“-Separatisten bestreitet, ist zudem lediglich als Taktik zu verstehen: So konnte und kann man über die hybride Kriegsführung auch über die okkupierten Gebiete hinaus gezielte Testballons, massive und über Monate anhaltende Instabilisierungskampagnen von pro-russischen und aus Russland „importierten“ Kräften in den Zentren des Südostens wie insbesondere in Charkiw, Odessa, aber auch in Saporischschja oder Mariupol,²³ starten, ohne im Falle eines negativen Ausgangs das Gesicht zu verlieren.²⁴ Dass diese „Testballons“ zentral von Moskau gesteuert und finanziert wurden – auch dafür gibt es zahlreiche Hinweise.²⁵ Dennoch war eines klar: nur eine entsprechende Reaktion bzw. Unterstützung der dort lebenden Menschen hätte die später in Donezk und Lugansk erfolgreich angewendete Referendums- und anschließende Sezessionspolitik möglich gemacht. Warum kam es hierzu nicht bzw. warum scheiterten die angedachten Projekte der „Charkower“, „Odessaer“ und „Saporoschjer Volksrepubliken“?

In dieser Situation kam der Bevölkerung in den Städten des Südostens der Ukraine eine Schlüs-

Abb. 3: Das von den „Neurussland“-Apologeten beanspruchte Territorium



Quelle: Eigene Darstellung nach edmaps.com, Historical Maps of Novorossiia, Federal Republic of Novorossiia (Quellenliste), <http://edmaps.com/html/novorossiia.html> [16.06.2016]; Natural Earth ©, <http://naturalearthdata.com> [10.03.2016].

selrolle zu, umso mehr als sich große Teile der bisherigen Eliten wie oben angesprochen diskreditiert hatten und vielerorts ein Machtvakuum entstanden war. Obwohl die Situation von Stadt zu Stadt variierte, gab es eine Ähnlichkeit: So scheiterten pro-russische Aktivisten mit ihren Besetzungs- und Instabilisierungsversuchen überall dort, wo sich breite pro-ukrainische Bevölkerungsgruppen mobilisieren ließen und von verbliebenen lokalen politischen Eliten und Geschäftsleuten unterstützt wurden. Insbesondere das pro-ukrainische Mobilisierungspotenzial der Bevölkerung der Städte des Südostens wurde von der pro-russischen Seite unterschätzt und überraschte in seiner Dimension auch pro-ukrainische Beobachter und Analytiker.²⁶ Zwar hatten Umfragen seit jeher auch in diesen Regionen mit einer Mehrheit russischsprachiger Einwohner und einem hohen Anteil ethnischer Russen nur geringe Sympathien für separatis-

tische Projekte bzw. einen „Anschluss“ an Russland ergeben, allerdings lagen diese Optionen ja nun im Grunde erstmals überhaupt im Bereich des Möglichen. Zur Erkundung der tieferliegenden Gründe für das schliessliche Scheitern des „Novorossija-Projekts“ sind daher Umfragen (siehe Tabellen 4, 5, und 6) aus dem April 2014, als das *window of opportunity* hierfür weit offenstand, besonders aussagekräftig. Folgende Schlüsse lassen sich aus diesen ziehen:

1. Zunächst ist aufschlussreich, dass eine Mehrheit der Einwohner der angesprochenen Regionen dem russischen Staat klar das von Wladimir Putin postulierte Recht abspricht, für ihre Interessen einzutreten (siehe Tabelle 4). Insbesondere außerhalb des Donbass sprechen wir hier über absolute Mehrheiten von bis zu über 70 Prozent der Bevölkerung (Mikolajiw). Wenn wir davon ausgehen,

dass Wladimir Putin sein diesbezügliches Statement sowohl an die in diesen Regionen deutlich überrepräsentierten Gruppen der ethnischen Russen als auch an die der Mischidentitären richtete, relativieren sich selbst die hohen „positiven“ Werte in Odessa und Charkiw. In Donezk und Lugansk ist der Trend allerdings umgekehrt, wobei sich selbst hier keine absoluten Mehrheiten finden, die eine Intervention zum Schutz „russischer Bürger“ unterstützen. Diese Statistik ist nicht nur ein erster Hinweis darauf, dass vor allem die Bewohner des Südostens ohne die heute besetzten Gebiete den territorialen Status quo trotz einer oft ambivalenten Haltung zur Revolution in Kiew und der allgemeinen Unsicherheit nicht in Frage stellten, sondern sich zudem kaum eine Verbindung zwischen ihrer ethno-nationalen Identifikation und der Haltung zur ukrainischen Staatlichkeit erkennen lässt. Beide Aspekte werden mit den nächsten beiden Statistiken noch klarer.

2. Selbst in dieser Situation der „multiplen Möglichkeiten“ konnten sich insbesondere die Einwohner der südöstlichen Oblaste Charkiw, Odessa, Cherson, Mikolajiw, Dnipropetrowsk und Saporischschja weder mit einer wie auch immer gearteten „Trennung“ ihrer Gebiete von der Ukraine noch mit einer „Autonomie“

anfreunden (siehe Tabelle 5). Die sehr niedrigen Werte (beide Optionen nur mit ca. 15 Prozent Zustimmung) entsprechen eher denen der Zentralukraine, weichen allerdings auch deutlich von der Teilregion des Donbass ab (hier alle drei „negativen“ Optionen zusammen 54,4 Prozent, wobei sich für beide Trennungsoptionen nur etwa ein Drittel der Befragten ausspricht). Mehr noch als die oben angeführte Statistik wird hier klar, dass sich selbst in der angespannten Lage des April und Mai 2014, in deren Vorfeld sich ja bereits eine Veränderung des territorialen Status quo der Ukraine (auf der Krim) ergeben hatte, außerhalb des Donbass keine signifikante Unterstützung weiterer Vorgänge dieser Art finden ließ. Im Gegenteil weisen die hohen Werte für einen Erhalt des Status quo auf das hohe Potenzial einer möglichen Mobilisierung pro-ukrainischer Bevölkerungsteile hin, das man dann ja auch in vielen der betreffenden Städte beobachten konnte.

3. Schließlich machen die in Tabelle 6 aufgeführten Werte klar, dass zwischen ethno-nationaler Selbstidentifikation und der Einstellung zur ukrainischen Staatlichkeit ein nur relativ schwacher und in keinem Fall der von den „Novorossija“-Apologeten unterstellte direkte Zusammenhang besteht. Insbesondere unter den ethnischen Russen

Tabelle 4: Sind Sie damit einverstanden, dass Russland zu Recht die Interessen russischsprachiger Bürger im Südosten der Ukraine schützt? (April 2014)

Region bzw. Oblast	Süd- osten insg.	Dnipro- petrowsk	Donezk	Sapo- risch- schja	Lugansk	Mikolajiw	Odessa	Charkiw	Cherson
Ja	32,6	21,0	47,0	19,5	44,2	14,6	30,6	36,6	23,5
Nein	49,9	65,6	33,4	53,3	31,8	71,5	52,3	53,0	61,1
Schwer zu sagen	16,1	12,1	19,6	23	19,6	13,4	15,8	10,1	14,9
Möchte ich nicht beantworten	1,4	1,2	0,0	4,2	4,5	0,5	1,2	0,2	0,5

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS) 2014: The Views and Opinions of Southeastern Regions Residents of Ukraine: April 2014, in: <http://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=news&id=258> [02.02.2016].

Tabelle 5: Welche der folgenden Varianten des Status ihrer Region würden Sie wählen, wenn eine solche Möglichkeit bestehen würde? (nach Region, April 2014)

	Donbass	Osten Andere	Süden	Zentral- ukraine
Erhalt des derzeitigen Status in einer einigen Ukraine mit gegenwärtigen Zuständigkeiten	9,3	17,8	23,4	30,5
Erhalt des derzeitigen Status in einer einigen Ukraine mit erweiterten Zuständigkeiten	25,7	55,2	58,9	53,8
Autonomie in einer föderalen Ukraine	23,5	9,5	7,0	2,3
Trennung von der Ukraine und Schaffung eigener Staatlichkeit	8,4	2,1	0,5	0,4
Trennung von der Ukraine und Vereinigung mit anderem Staat	22,5	3,2	2,3	1,0
Schwer zu beantworten / weiß ich nicht / noch keine Entscheidung getroffen	10,6	12,2	7,9	11,9

Quelle: KIIS 2014: *Attitude to the Unitary State and Separatism in Ukraine*, in: <http://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=319> [02.02.2016].

in der Ukraine scheint sich selbst in dieser Phase nur ein Fünftel für eine Veränderung des territorialen Status quo erwärmen zu können, unter den Mischidentitären allerdings bis zu einem Drittel. Vergleicht man diese Werte mit ähnlichen Umfragen aus der Zeit vor dem Maidan, scheint sich zudem durch Revolution und Krieg kein unmittelbarer Effekt eingestellt zu haben: Beispielsweise antworten auch im Jahre 2007 nur 25,5 Prozent der ethnischen Russen in der Ukraine mit „Nein“ auf die Frage, ob sie die Ukraine als ihre Heimat betrachten würden.²⁷

Was lässt sich nun aus den überwiegend negativen Reaktionen der Bewohner des ukrainischen Südostens auf den „Russischen Frühling“ in Bezug auf die nationale Selbstidentifikation bzw. bezüglich des generellen Verständnisses des Konzepts „Nation“ in der Region folgern? Zunächst einmal ist davon auszugehen, dass die ethno-nationalen Selbstzuschreibungen, wie sie in Umfragen seit Beginn der 2000er Jahre in der Ukraine abgefragt werden (also mit Mischidentitären) relativ konstant geblieben sind. Die Zahl der ethnischen Russen hat sich Stand 2014 allerdings auf 6,4 Prozent (2013: 8,3 Prozent)

und die Zahl der Mischidentitären auf 17 Prozent (2013: 21,8 Prozent)²⁸ verkleinert, was aber vor allem mit dem Verlust der Krim (in Umfragen von 2014 nicht mehr enthalten) und Flüchtlingsbewegungen aus dem Donbass unter anderem in die Russländische Föderation erklärbar sein dürfte. Gleichzeitig ist festzustellen, dass neben den oben erwähnten, überwiegend negativen Einstellungen gegenüber „russischen Hilfeleistungen“ und einer Veränderung des territorialen Status quo innerhalb von Gesamtbevölkerung wie auch unter ethnischen Russen und Mischidentitären des Südostens im Zuge von Revolution, Krim-Annexion und Krieg ein signifikanter Anstieg etlicher Patriotismus-Indikatoren zu beobachten ist. Insbesondere bei jüngeren Kohorten ist dieser Trend auffällig, so sind 81 Prozent aller 14- bis 35-Jährigen „stolz Ukrainer zu sein“, unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen im südöstlichen Odessa Oblast liegt der Wert bei erstaunlichen 62 Prozent.²⁹ Die Identifikation als „Bewohner der Ukraine“ im Gegensatz zur vorrangigen Identifikation mit der eigenen Region, Kommune etc. nahm landesweit um zehn Prozent zu.³⁰ Im Südosten scheint sich hier zudem ein langfristiger Trend fortzusetzen: Nachdem im Jahre 2005 nur 32 Prozent der Bewohner der östlichen Regionen und 35,8 Prozent³¹ der südlichen

Regionen angaben sich vorrangig als „Bewohner der Ukraine“ zu betrachten, stieg diese Zahl im Jahre 2015 auf 53,8 bzw. 45,1 Prozent.³²

Ohne die Zahlen und Trends überbewerten zu wollen und mit aller Vorsicht auch angesichts der weiter instabilen und dynamischen Lage in den betreffenden Regionen lässt sich zu Beginn des Jahres 2016 folgende These aufstellen: Offenbar haben vor allem externe Beobachter unterschätzt, wie wenig ethno-nationale Selbstidentifikationen einerseits und Einstellungen zur ukrainischen Staatlichkeit bzw. „Nation“ im ukrainischen Südosten andererseits aneinander gekoppelt waren und sind. Im Gegenteil scheinen sich beide sowohl langfristig als auch noch einmal beschleunigt durch die Schockeffekte des Jahres 2014 voneinander entkoppelt zu haben. Vieles spricht daher dafür, dass sich im Südosten der Ukraine ein Trend zur Entwicklung einer „ukrainischen Zivilnation“³³ erhärtet, bei der sich das Nationalverständnis von ethnischen und sprachlichen Mustern löst. Diese „Zivilnation“ sollte allerdings nicht verwechselt werden mit einer „ukrainischen politischen Nation“ – zwar identifiziert sich die überwiegende Mehrheit der Bewohner der südöstlichen Regionen mit der ukrainischen Staatlichkeit, staatlichen Symbolen und der Ver-

fassung, würde einer aggressiven Ukrainisierungs-politik im Hinblick auf Sprache und Geschichtsbild allerdings negativ gegenüberstehen.

Über die Gründe für diese Entwicklung hin zu einer „ukrainischen Zivilnation“ kann nur gemutmaßt werden: Einerseits ist nicht von der Hand zu weisen, dass die russische Annexionspolitik auf der Krim und spätere Intervention im Donbass einen „rally around the flag“-Effekt ausgelöst hat, der offenbar auch viele Bewohner der Ukraine ergriff, deren Loyalität zum ukrainischen Staat vorher wenig eindeutig war. Dieser Faktor verstärkt sich heute noch vielfach vor allem in den nicht-okkupierten Teilen des Donbass³⁴ nachdem klar geworden ist, dass die russische Führung mit den besetzten Gebieten vor allem geopolitische und kaum humanitäre Motive verfolgt. Zum anderen ist mit Sicherheit auf einen langfristigen „Gewöhnungseffekt“ zu verweisen, der sich nach 25 Jahren eigener Staatlichkeit auch auf die Bewohner des Südostens ausgewirkt hat. Insbesondere jüngere Kohorten kennen die Sowjetunion nicht mehr, die Ukraine ist trotz der in vielen Fällen komplexen ethnischen Identifikationsmuster als Heimat die einzige Realität und Erfahrung. Letztlich ist auf die Rolle der ukrainischen Eliten hinzuweisen, die trotz des

Tabelle 6: Welche der folgenden Varianten des Status ihrer Region würden Sie wählen, wenn eine solche Möglichkeit bestehen würde? (nach Nationalität, Mai 2014)

	Ukrainer	Russen	Ukrainer und Russen	Andere
Erhalt des derzeitigen Status in einer einigen Ukraine mit gegenwärtigen Zuständigkeiten	25,2	7,9	8,8	22,9
Erhalt des derzeitigen Status in einer einigen Ukraine mit erweiterten Zuständigkeiten	57,2	34,5	22,8	28,6
Autonomie in einer föderalen Ukraine	4,7	19,7	17,5	14,3
Trennung von der Ukraine und Schaffung eigener Staatlichkeit	1,1	6,1	8,8	2,9
Trennung von der Ukraine und Vereinigung mit anderem Staat	2,3	16,2	24,6	14,3
Schwer zu beantworten / weiß ich nicht / noch keine Entscheidung getroffen	9,5	15,7	17,5	17,1

Quelle: KIIS 2014: Attitude to the Unitary State and Separatism in Ukraine, in: <http://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=319> [02.02.2016].

oben beschriebenen „amorphen Narrativs“ die Unabhängigkeit auch aus Eigeninteresse nie in Frage stellten. Dies gilt auch für die den Südosten lange monopolisierende „Partei der Regionen“, deren Führungskräfte statt einer oft behaupteten pro-russischen Politik eher zu einem unausgesprochenen „pragmatischen Nationalismus“ neigten.³⁵

Fazit und Ausblick

Die „Revolution der Würde“ von 2014, die Annexion der Krim im März und der von Moskau direkt unterstützte Krieg im Donbass seit dem Frühjahr desselben Jahres waren Zäsuren – für die Geschichte der unabhängigen Ukraine wie für die gesamte Region, in gewisser Hinsicht auch für ganz Europa. Ereignisse wie Revolution und Krieg sind Schocks, die ganz grundsätzliche Fragen des persönlichen Überlebens, aber auch der Selbstidentifikation bzw. der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft aufwerfen. Was über viele Jahre als selbstverständlich hingenommen und nicht hinterfragt wurde, wird auf einmal zur existenziellen Angelegenheit. In der Ukraine hatte sich mit der „Revolution der Würde“ zwangsweise eine bis dahin dominante „amorphe Identität“ überlebt. Diese hatte es, verstärkt durch ein korrespondierendes Elitennarrativ, einer Großzahl von Ukrainern in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit erlaubt, sich in Bezug auf die eigene Loyalität gegenüber der ukrainischen Staatlichkeit und Nation nicht abschliessend bekennen zu müssen. Mit der Revolution allerdings war nicht nur die bis dahin stets gültige „Machtverpaktung“ zwischen konkurrierenden regionalen Elitenclans aufgehoben und ein Machtvakuum im Südosten des Landes entstanden, mit der anschliessenden Annexion der Krim und Intervention durch Moskau hatte sich zudem eine alternative Option der staatspolitischen Zugehörigkeit, das hier sogenannte „Neurussland-Szenario“ ergeben.

Dass dieses, trotz der vor allem außerhalb der Ukraine populären These einer ethno-kulturellen Spaltung der Ukraine, nur sehr eingeschränkt in Form der selbst ernannten „DNR“ und „LNR“ im Donbass erfolgreich war, ist vor allem auf eine

graduelle und durch die Ereignisse des Jahres 2014 verstärkte Entwicklung hin zu einer ukrainischen „Zivilnation“ im Südosten des Landes zurückzuführen. Hier, wo ethnische Russen und sogenannte Mischidentitäre überrepräsentiert sind, haben sich ethnische und sprachliche Identifikationsmuster von Fragen der nationalstaatlichen Zugehörigkeit und Loyalität entkoppelt: Man identifiziert sich nach einem Vierteljahrhundert ukrainischer Staatlichkeit mehrheitlich vor allem als „Bürger der Ukraine“ und lehnt eine Veränderung des territorialen Status quo ab. Aus Wladimir Putins Sicht hatten Revolution und Intervention hier daher einen unerwarteten, gegensätzlichen Effekt: Statt dass sich die Bürger gegen die von der russischen Propaganda gestützte Wahrnehmung eines „faschistischen Putsches“ in Kiew auflehnen und auf die Seite pro-russischer Aktivisten stellen würden, bekannte sich die Mehrheit der Einwohner des Südostens zur ukrainischen Einheit und entmutigte so die Apologeten „Neurusslands“.

Trotz dieser für eine durch die Krisen der letzten Jahre stark getroffenen Ukraine sicher positiven Nachricht ist in mehrfacher Hinsicht Vorsicht geboten. Zum einen haben wir es im Südosten der Ukraine mit einer alles andere als konsolidierten Situation zu tun. Neben anhaltenden Versuchen der Instabilisierung aus den besetzten Territorien heraus hat dies vor allem mit der tiefen ökonomischen und politischen Krise des Landes zu tun. Falls Kiew die nachhaltige Bereitstellung von Sicherheit und einer ökonomischen Perspektive in diesen Regionen nicht gelingt, könnte sich dies mittelfristig auch auf die Identifikation und Unterstützung der ukrainischen Staatlichkeit auswirken. Des Weiteren ist noch unklar, in welcher Beziehung die durch den Maidan und die neue Elite bestärkte „ukrainische politische Nation“ und das eher zivile Nationsverständnis im Südosten zueinander stehen. So ist Nikolaj Mitrokhyn³⁶ zuzustimmen, wenn er davon spricht, dass die Bürger des Südostens das neue „offizielle Narrativ“, dass sich insbesondere in der Ukrainisierungs- und Geschichtspolitik andeutet, überwiegend nicht teilen. Nachdem sich auf dem Maidan im Grunde ja bereits das Potenzial einer gesamtukrainischen

„Zivilnation“, vor allem über die Sprachgrenzen hinweg,³⁷ angedeutet hatte, läuft die derzeitige Politik Kiews eher auf eine gefährliche Entfremdung hinaus. Schließlich sollte noch darauf hingewiesen werden, dass es trotz der hier gewählten Perspektive bezüglich der Wirksamkeit ethno-nationaler Selbstidentifikationen objektive Konsequenzen aus der Dynamik der letzten zwei Jahre zu beachten gilt: So hat sich insbesondere die Gruppe der ethnischen Russen durch Annexion, Abspaltungen als auch Flucht so dezimiert, dass diese quantitativ immer mehr den Status einer nationalen Minderheit gewinnt. Deren Schutz sollte, auch gerade angesichts der hier hinlänglich beschriebenen „völkischen“ Logik Wladimir Putins, nicht nur im humanitären Interesse Kiews liegen.

Dr. André Härtel ist DAAD-Fachlektor für Deutschland- und Europastudien am Institut für Politikwissenschaft der Nationalen Universität „Kiewer Mohyla-Akademie“ in der Ukraine.

- 1 Siehe hierzu z.B. Wilson, Andrew 2014: *Ukraine Crisis. What it Means for the West*, New Haven und London, S. 99–143 und Mitrokhyn, Nikolaj 2015: *Infiltration, Instruction, Invasion: Russia's War in the Donbass*, in: *Journal of Soviet and Post-Soviet Politics and Society*, Jg. 1, Nr. 1, S. 219–250. Die Perspektive „Bürgerkrieg“ wird unter anderem vertreten bei Buzgalin, Alexander 2015: *Ukraine: Anatomy of a Civil War*, in: *International Critical Thought*, Jg. 5, Nr. 3, S. 327–347.
- 2 Vgl. z.B. Schneider, Eberhard 2007: *Ukraine – Gespalten zwischen Ost und West*, bpb Informationen zur Politischen Bildung, 20.02.2007, in: <http://bpb.de/25087> [24.02.2016] oder zuletzt auch Hildebrandt, Reinhard 2015: *Die Ukraine – Grenzland oder Brücke? Reflexionen zum aktuellen Konflikt*, Frankfurt a.M.
- 3 *The Moscow Times* 2008: *Putin Hints at Splitting Up Ukraine*, 08.04.2008, in: <http://themoscowtimes.com/news/article/361701.html> [17.01.2016].
- 4 Vgl. die als „Neurussische Kommentare“ Putins bekannten Äußerungen vom 17.04.2014, Kreml, in: <http://kremlin.ru/events/president/news/20796> [13.02.2016].
- 5 So Putin im Rahmen seines Auftritts auf der Sitzung der „Allrussischen Volksfront“ am 25.01.2016, Kreml, in: <http://kremlin.ru/events/president/news/51206> [14.02.2016].
- 6 Andere Faktoren für das schließliche Scheitern der „Neurussland“-Idee wie militärischer Widerstand oder ausgeprägte lokale Identitäten werden z.B. thematisiert bei Portnov, Andriy 2015: *Das neue Herz der Ukraine? Dnipropetrovsk nach dem Euromaidan*, in: *Osteuropa*, Nr. 4, S. 173–185.
- 7 Zur Phase direkt vor und nach der Unabhängigkeit vgl. insb. Wittkowsky, Andreas 1998: *Fünf Jahre ohne Plan: Die Ukraine 1991–1996*, Münster.
- 8 Vgl. die Kommentare Putins weiter oben bzw. Wilson, Andrew 2002: *The Ukrainians: Unexpected Nation*, 2. Aufl., New Haven / London.
- 9 Vgl. u.a. Simon, Gerhard 1986: *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion: Von der Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft*, Baden-Baden.
- 10 Vgl. Barth, Fredrik 1998: *Ethnic Groups and Boundaries: The Social Organization of Cultural Difference*, Long Grove.
- 11 Vgl. z.B. Pogrebinskij, Mikhail 2015: *Russians in Ukraine: Before and After Euromaidan*, *E-International Relations*, 26.03.2015, in: <http://e-ir.info/2015/03/26/russians-in-ukraine-before-and-after-euromaidan> [15.01.2016].
- 12 Vgl. z.B. hierzu die ukrainischen Debatten nachgezeichnet in Wilson, N. 8, S. 279 ff.
- 13 Vgl. Khmelko, V. 2004: *Linguistic and Ethnic Structure of Ukraine: Regional Differences and Trends of Change Since Independence*, in: *Scientific Notes of Kyiv-Mohyla Academy, Social Science*, Nr. 32.

- 14 Olexandr Suschko verwendete die Formulierung im Beisein des Autors auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Titel „Die Beziehungen EU-Ukraine-Russland vor dem Hintergrund eines andauernden Konflikts“ im August 2015 im italienischen Cadenabbia, <http://kas.de/ukraine/de/publications/42474> [16.06.2016].
- 15 Vgl. z.B. Guttke, Matthias / Rank, Hartmut 2012: Mit der Sprachenfrage auf Stimmenfang: Zur aktuellen Sprachengesetzgebung in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen, Nr. 106, 11.09.2012, S. 11-15.
- 16 Kutschma, Leonid 2004: Ukraina – ne Rossija, Moskau.
- 17 Vgl. hierzu Härtel, André 2012: Westintegration oder Grauzonen-Szenario? Die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation, 1998-2009, Münster.
- 18 Vgl. ebd., S. 304.
- 19 Vgl. hierzu v. a. Wilson, Andrew 2006: Ukraine's Orange Revolution, New Haven / London.
- 20 Siehe u.a. die versuchte Rücknahme des „Kivalov-Kolesnitschenko“-Sprachgesetzes in 2014 oder die neue Gesetzgebung zur „De-Kommunisierung“ der Ukraine (04/2015), die z.B. auch vom Europarat wegen möglicher Einschränkungen der Meinungsfreiheit kritisiert wurde.
- 21 Vgl. Kreml 2014: Address by President of the Russian Federation, Rede Wladimir Putins, 18.03.2014, in: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/20603> [15.02.2016].
- 22 Zu den unterschiedlichen Bedeutungen des Begriffes „Neurussland“ in russischen Diskursen vgl. Gazeta.ru 2014: Četyre Novorossij i odin Krym, 10.12.2014.
- 23 Einen guten Überblick über die Kampagnen pro-russischer Kräfte gibt der erst kürzlich erschienene Artikel: Korrespondent 2016: Koroli v Isgnani, 04.03.2016.
- 24 So meint der im Text zur N. 22 erwähnte Makarkin, „je unbestimmter der Begriff ‚Neurussland‘ sei, desto weniger entstünden Widersprüche für den Fall, dass sich etwas anderes als ursprünglich geplant daraus entwickeln würde.“
- 25 Zu den Debatten über die finanzielle und logistische Unterstützung des Kreml für die neuen „Republiken“ vgl. unter anderem Gazeta.ru 2014: Ne raskačali lodku, 04.12.2014.
- 26 So z.B. der anerkannte ukrainische Professor der Kiewer Nationalen Mohyla-Akademie Mykhailo Wynnickyj in seinem Facebook-„Tagebuch“ während der „Revolution der Würde“.
- 27 Vgl. die Umfrage des Kiewer Razumkov-Zentrums vom 31.05.2007 bis 18.06.2007, in: http://razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=775 [13.01.2016].
- 28 Die Angaben für das Jahr 2014 stammen aus einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie vom 29.04.2014 bis 11.05.2014, Attitude to the Unitary State and Separatism in Ukraine, 22.05.2014, in: <http://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=319> [22.01.2016]. Die Vergleichswerte für 2013 entstammen den Angaben von Progrebinskij, N. 11.
- 29 Vgl. GfK Ukraine 2015: Studie „Jugend der Ukraine, 2015“, 15.12.2015, in: <http://www.gfk.com/uk-ua/insights/news/doslidzhennja-molod-ukrajini-2015> [15.02.2016].
- 30 Vgl. die Statistiken bei Kulyk, Volodymyr 2015: One Nation, Two Languages? National Identity and Language Policy in Post-Maidan Ukraine, PONARS Policy Memo Nr. 389.
- 31 Vgl. die Umfrage des Kiewer Razumkov-Instituts vom Dezember 2015, in: http://razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=762 [02.02.2016].
- 32 Vgl. eine dem Autor nicht in publizierter Form vorliegende Umfrage des Instituts für Soziologie der Ukrainischen Nationalen Akademie der Wissenschaften vom 26.06.2015 bis 18.07.2015.
- 33 Den Begriff verwendeten auch schon Mikhail Progrebinskij und andere Autoren (vgl. N. 11). Der Autor verwendet ihn hier allerdings nur eingeschränkt für die südöstlichen Regionen, da diese hier im Vordergrund stehen und die Frage eines gesamt-ukrainischen Nationsverständnisses an anderer Stelle erläutert werden muss (siehe auch Fazit).
- 34 Laut einer Umfrage der Kiewer Democratic Initiatives Foundation ist in diesen Gebieten bei der Identifikation als „Bürger der Ukraine“ zwischen 2013 und 2015 ein Plus von 21 % auf 63 % zu verzeichnen. Vgl. Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation 2015: Ukraine: Two Years After Maidan, in: http://dif.org.ua/modules/pages/files/1457009023_4029.pdf [13.03.2016].
- 35 Vgl. Härtel, N. 17, S. 297 ff.
- 36 Vgl. Mitrokhyn, Nikolaj 2015: Zwischen Stabilität und Labilität: Die gesellschaftspolitische Situation im Süden und Osten der Ukraine, Studie, Friedrich-Ebert-Stiftung, 09/2015, in: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/11625.pdf> [23.02.2016].
- 37 Vgl. Kulyk, N. 30.